

Miszellen

Zum 80. Todestag von Georg Heinrich Wahle – ein anerkannter Rechtswissenschaftler für Rechtskunde und Bergrecht

Georg Heinrich Wahle wurde im Jahr 1854 in Limbach (Sachsen) geboren. Sein Vater war am dortigen Gericht als Amtsvorsteher tätig. Nach der Versetzung des Vaters an das Bezirksgericht in Bautzen erhielt der Sohn zunächst privaten Unterricht. Nach einer weiteren Versetzung des Vaters nach Zwickau besuchte er ab 1862 die dortige Bürgerschule. Im Jahr 1864 wechselte er zunächst auf das Gymnasium in Zwickau, bevor er von 1867-1873 eine Freistelle an der 1550 gegründeten Fürstenschule St. Augustin in Grimma erhielt, eine der drei Fürstenschulen in Sachsen, auf denen der Nachwuchs für den Verwaltungs- und Kirchendienst in Kursachsen und Mitteldeutschland ausgebildet wurde. 1873 schloss Wahle die Fürstenschule mit der Reifeprüfung ab.

Von 1873 bis 1877 studierte Georg Heinrich Wahle in Heidelberg und Leipzig Rechts- und Kameralwissenschaften. Er arbeitete zunächst beim Oberamtsrichter Kleinpaul in Pirna und promovierte auf Grund einer umfangreichen Dissertation 1878 zum Dr. jur. Von 1878 bis 1881 war er Referendar in Dresden, kam nach bestandener Assessorprüfung als Hilfsrichter nach Freiberg und wurde am 1. Oktober 1883 zum juristischen Bergrat in der sächsischen Bergverwaltung ernannt. Zugleich trat er als ordentlicher Professor für Allgemeine Rechtskunde und Bergrecht an der Bergakademie Freiberg die Nachfolge von Prof. Karl Edwin Leuthold (1847-1891) an, den man zum Direktor des Bergamtes ernannt hatte. Wahle befasste sich vor allem mit der Berggesetzgebung aller Länder der Erde, da eine große Zahl seiner Stu-

dierenden Ausländer waren. An der Bergakademie war er bis 1891 tätig, bevor er nach dem Tod von Karl Edwin Leuthold dessen Amt als Bergamtsdirektor übernahm.

Im Jahr 1898 wurde Wahle in die 2. Abteilung des sächsischen Finanzministerium in Dresden berufen, wo er als Oberfinanzrat, dann als Vortragender Rat und Geheimer Rat in der Bergregistrande (Registrande = Verzeichnis aller schriftlichen Eingaben, Protokolle, Registraturen) und 10 Jahre als Ministerialdirektor und Vorstand dieser Abteilung tätig war, die hauptsächlich mit dem Berg- und Hüttenwesen sowie dem Forstwesen befasst war. Am 1. Juli 1917 erhielt Wahle eine Berufung zum Präsidenten der königlich sächsischen Oberrechnungskammer, die 1922 zum Staatsrechnungshof umgewandelt wurde. Dieser Institution stand er zum 31. Oktober 1922 vor.

In seinen 44 Dienstjahren war Georg Heinrich Wahle eng mit dem sächsischen Bergbau verbunden. Seine schriftstellerische Tätigkeit reichte selbst noch bis in die letzten Jahre seines Ruhestandes. Ein Beweis, wie sehr er sich innerlich mit dem Bergwesen verbunden fühlte.

Sein bedeutendstes Schriftwerk war der Kommentar zum Allgemeinen Berggesetz für das Königreich Sachsen von 1868, den er 1891 herausgab. Daneben verfasste er zahlreiche Artikel zur Berggesetzgebung und war geschätzter Mitarbeiter der Zeitschrift „Brasserts Zeitschrift für Bergrecht“. Er wirkte außerdem maßgeblich an der Neufassung des Allgemeinen Berggesetzes von 1910 mit.

Von Jugend an war Wahle leidenschaftlich allen Arten von Sport ergeben. Wegen seiner klaren Sachlichkeit erfreute er sich besonders in bergmännischen Kreisen allgemeiner Wertschätzung. Sein gerades, natürliches, gewinnendes, oft durch Humor gewürztes Wesen brachte ihn persönlich jedem nahe.

Zahlreich sind die Ehrungen, die ihm zuteil wurden. So erhielt er, neben mehreren sächsischen Orden, den Komtur 1. Klasse des Preußischen Roten Adlerordens. Die Bergakademie Freiberg verlieh ihm 1924 an seinem 70. Geburtstag die Würde eines Dr.-Ing. E.H. in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung und Förderung des Bergrechts. Durch seine Tätigkeit hat sich Georg Heinrich Wahle in die Ge-

Georg Heinrich Wahle (1854-1934)





Abb. 1. Gesamtmaschinenpark mit Schaltzentrale, Zeche Zollern II, Dortmund-Bövinghoven, D, 1971, © Hilla Becher

schichte des Sächsischen Bergbaus für alle Zeiten einen Ehrenplatz gesichert. Ende 1933 erkrankte er ernstlich an einer Hautgewebeentzündung, die durch eine zweimalige Operation nicht behoben werden konnte. 1934 starb Wahle im Alter von 80 Jahren.

Prof. Dr.-Ing. habil. Gerd Grabow

Zollerns Maschinenhalle steht für den Beginn von Industriedenkmalpflege und Industriekultur

Äußeres Wahrzeichen des Deutschen Bergbau-Museums (DBM), wenn nicht der gesamten Stadt Bochum, ist das die Gebäude überragende Doppelbockfördergerüst. Es stammt aus Dortmund-Marten vom Schacht 5 des Bergwerks Germania und wurde im Jahre 1973 hierher transloziert. Der Ausbau der Zentral-

schichtanlage Germania hatte 1955 die Einstellung der Steinkohlenförderung auf der Musterzeche Zollern II/IV in Dortmund-Bövinghoven zur Folge, die aber dennoch bis heute fortlebt: Ihre Maschinenhalle wurde im Jahre 1969 als erstes Industriegebäude in Deutschland unter Denkmalschutz gestellt, woran der damalige DBM-Direktor, Hans Günter Conrad, erheblichen Einfluss hatte. Damit wurde der neue Zweig der „Industriedenkmalpflege“ begründet und wiederum die alte Weisheit belegt: „Alles kommt vom Bergwerk her!“

Jugendstil im Montanwesen

Mit dem Bau der Zeche Zollern II/IV zwischen 1901 und 1904 stieg deren Eigentümerin, die Gelsenkirchener Bergwerks AG (GBAG), zur größten Bergbaugesellschaft des Deutschen Kaiserreichs auf. Dem Repräsentationswillen ihrer Eigner und Erbauer verdankt die Schichtanlage architektonisch höchst bemerkenswerte Tagesanlagen: Im Historismus begonnen, weisen sie in den Jugendstil hinein.

Heute hat hier das Westfälische Industriemuseum des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL) seinen Sitz. Dessen Direktor Wolfgang Kirsch würdigt die Bedeutung: „Funktionale Stahlfachwerk-Architektur der monumentalen Maschinenhalle ist Symbol für die Erfolgsgeschichte der Montanindustrie im Deutschen Kaiserreich.“

Im üppig dekorierten Querhaus führt ein Jugendstil-Portal direkt auf die marmorne Schaltwand zu (Abb. 1): Sie bildete die zentrale Steuerung und Kontrolle des gesamten technischen Zechenbetriebs. Erstmals im Ruhrbergbau wurden auf Zollern II/IV alle übertägigen Bergwerksmaschinen elektrisch angetrieben. Noch heute gilt die Elektro-Fördermaschine der Siemens-Schuckertwerke (Abb. 2) aus dem Jahre 1902 als technische Pionierleistung.

Für Thomas Parent, stellvertretender Direktor des LWL-Industriemuseums und Leiter des Museums-Referats „Wissenschaft und Vermittlung“, symbolisiert die Maschinenhalle die Zweite Industrielle Revolution. War die Erste durch die Dampfmaschine charakterisiert,

stand die Zweite vorrangig im Zeichen der massenhaften Erzverhüttung und Stahlherstellung.

Messebau als Impulsgeber

Die Maschinenhalle in „Eisenkonstruktion“, das heißt Stahlfachwerk, die die GBAG am 11. Juli 1902 bei der Gutehoffnungshütte (GHH) in Auftrag gab, steht für einen Baustoff, der das Industriezeitalter mehr als hundert Jahre maßgeblich prägte. Schnell setzten sich Eisen und Stahl im Industriebau durch. Allerdings waren bei den frühen Fabrikbauten die Metallkonstruktionen meist von außen nicht sichtbar, sondern wurden durch vorgemauerte Wände kaschiert.

Im Jahre 1902 sorgte auf der Düsseldorfer Industrie-, Gewerbe- und Kunstausstellung ein Hallenensemble für Aufsehen: Beim GHH-Ausstellungspavillon verwies das äußere Erscheinungsbild auf das Produktprofil des Konzerns. Besonders bei der lang gestreckten Schaufassade fiel die Dominanz von Stahlträgern ins Auge. Die beiden Langhausstrakte erinnerten aufgrund ihres unverkleideten Stahlfachwerks an Werkshallen.

Bei diesem Ausstellungsbau deckten sich Äußeres und Inneres. Die spezifische Architektursprache des Ausstellungspavillons war offenkundig gewählt worden, weil ein die Erzeugnisse eines großen Hüttenwerks bergendes Gebäude in seinem Äußeren mit seinem Inhalt harmonisieren muss: „form follows function“.

Der Besucher erblickte nichts als ein ins Künstlerische emporgehobenes Hüttenwerksgebäude. Selbst Kaiser Wilhelm II. bekundete seine Freude „über den gelungenen Versuch, das eigentliche Baumaterial der modernen Bauten, die Eisenkonstruktion, in ihren eigenartigen Formen zu Tage treten zu lassen“.

Für die Zeche Zollern II/IV bewirkte der Ausstellungspavillon der GHH den grundlegenden Stilwechsel. Am Eröffnungstag der Düsseldorfer Ausstellung, dem 1. Mai 1902, schrieb die GBAG an die GHH: „Wir beabsichtigen, auf unserem Schacht Zollern II eine große Maschinenhalle zu erbauen. Die Halle soll ähnlich wie die von Ihnen erbaute Maschinenhalle der Düsseldorfer Ausstellung ganz aus Eisenkonstruktion hergestellt werden.“

Bei der Gestaltung setzte der Berliner Architekt Bruno Möhring (1863-1929) Akzente: Das Jugendstil-Portal der Halle (Abb. 3) wurde nach seinen Plänen realisiert. Es wurde ursprünglich von einem weit ausschwingenden Vordach überwölbt. Das Portal, sein Vordach sowie der Rundbogen über dem riesigen Querhausfenster wurden durch Schmuckelemente aus Metall aufwändig dekoriert.

Die Gefache sind an der Querhausfassade hochrechteckig angelegt und dabei – wohl aus statischen Gründen – sehr schmal. Sie werden durch



Abb. 2. Die Elektro-Fördermaschine der Siemens-Schuckertwerke aus dem Jahre 1902 gilt als technische Pionierleistung. © LWL-Industriemuseum/Martin Holtappels

Andreaskreuze aus Stahlbändern optisch gegliedert. Auf diese Weise nimmt hier das Eisenschachtfachwerk auf dem Ziegelmauerwerk deutlich mehr Sichtfläche ein als beim Langhaus: Stahl, als dem prägenden Baustoff der Zweiten Industriellen Revolution, wird auffällig Tribut gezollt.

Der Abriss droht

Am 1. Oktober 1955 wurde die Steinkohlenförderung auf der einstigen „Musterzeche“ Zollern II/IV eingestellt. Sie bestand noch einige

Jahre als „Seilfahrtsanlage im Grünen“ fort. Die endgültige Stilllegung erfolgte 1966. Im ersten Halbjahr 1969 wurde Schacht II mit Waschbergen verfüllt; Zollern IV war bereits zwei Jahre vorher verschlossen worden.

Die Maschinenhalle eignete sich kaum für eine kommerzielle Nachnutzung: Sie war nicht beheizbar und durch die tonnenschwere Maschinenausstattung (Abb. 4) weitgehend blockiert. So stand ihrem Abbruch aus Sicht der Eigentümer nichts im Wege. Doch ihre kunsthistorische Bedeutung war Fachleuten be-



Abb. 3. Das Jugendstil-Portal der Halle gestaltete der Berliner Architekt Bruno Möhring, © LWL-Industriemuseum/Martin Holtappels

kannt, und Insider wussten um die aktuelle Gefährdung.

Als die „Entdeckung des Jahres“ stellte folgerichtig Chefredakteur Ulrich Conrads die Maschinenhalle im Mai 1969 in seiner Zeitschrift „Bauwelt“ vor. Er setzte auf die Überzeugungskraft der Bilder, dokumentierte die Stahlfachwerk-Architektur und die Maschinenausstattung. Als Entdecker nannte er den Direktor der Dortmunder Werkkunstschule, Hans Paul Koellmann.

Dieser setzte sich auch für den Erhalt der Elektro-Fördermaschine ein und schlug vor, das gewichtige Zeugnis industrieller Tradition dem Bochumer Bergbaumuseum, dem Deutschen Museum München oder dem noch nicht vorhandenen Dortmunder Museum für Eisen und Stahl einzuverleiben.

Am 30. Oktober 1969 richtete eine Gruppe von Künstlern und Kulturfunktionären einen Brandbrief an Heinz Kühn, den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Mitunterzeichner war das Fotografenehepaar Bernd und

Hilla Becher, die bislang Einzigen in Westeuropa, die den kulturgeschichtlichen Wert von Industriebauten erkannten und bewahren wollten. Bereits im März 1969 hatten sie auf Zollern mit einer umfangreichen Fotodokumentation begonnen (vgl. Abb. 1). Dabei war ihnen die Gefährdung der Anlage bewusst. Sie rechneten damit, dass bald das Fördergerüst über Schacht II aufgrund seines Schrottwerts demontiert werden würde, was im September 1969 auch geschah.

Tatsächlich war die Schachanlage insgesamt jahrzehntelang ohne größere Veränderungen geblieben. Nur einzelne, verschlissene oder nicht mehr benötigte Teile waren abgebrochen, verschrottet oder ersetzt worden. Darunter auch die originalen Fördergerüste, die jedoch in den Jahren von 1986 bis 1988 durch zwei baugleiche Gerüste anderer Zechen ersetzt wurden. So stammt das heute über dem Schacht Zollern II stehende Gerüst von der Zeche Wilhelmine Victoria in Gelsenkirchen, das über Schacht Zollern IV aufgebaute von Friedrich der Große in Herne.

Künstler retten Stahlbau

Der Brandbrief hatte Erfolg: Ende des Jahres 1969 teilte Landeskonservator Hermann Busen dem Vorstand der Rhein-Elbe Bergbau AG mit, der Ministerpräsident habe ihn über den Kultusminister gebeten, die Maschinenhalle sowie die Fördermaschine unter Denkmalschutz zu stellen und einem Abbruch die Genehmigung zu versagen. Nachfolgend wurde im Herbst 1970 das gesamte Zechengelände Zollern II/IV unter Denkmalschutz gestellt. Die Schutzwirkung dieser Maßnahme war aber zunächst nur von beschränkter Bedeutung, weil es damals in Nordrhein-Westfalen noch kein Denkmalschutzgesetz gab.

Im März 1970 verabschiedete der Landtag das auf fünf Jahre angelegte „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“, das Etatmittel in Millionenhöhe für den Erhalt von Bauwerken in Aussicht stellte, die für die Technik- und Wirtschaftsgeschichte des Landes charakteristisch waren. Damit wurden – erstmals in Europa – öffentliche Gelder für den Erhalt von Indus-

riedenkmalen zur Verfügung gestellt. Erst im Jahre 1980 erließ der Düsseldorfer Landtag das Denkmalschutzgesetz.

Die VFKK fungiert als Trägerin der Maschinenhalle auf Zollern

Doch wie sollte die Maschinenhalle genutzt werden? Als Eisenbahnmuseum? Sollte ein Dortmunder Museum für Eisen und Stahl eingerichtet werden? Am 14. Dezember 1971 sicherten der Direktor des Deutschen Bergbau-Museums in Bochum, Hans Günter Conrad, sowie der Geschäftsführer dessen Trägerorganisation, der Westfälischen Berggewerkschaftskasse (WBK), Franz-Josef Limper, zu, zur Sicherung und sinnvollen Nutzung der Zollern-Halle beizutragen. Conrad war zwar an der Erhaltung der Maschinenhalle interessiert, aber keinesfalls an der Einrichtung eines Eisenbahnmuseums.

Die Frage der Trägerschaft musste geklärt werden: Da ein leistungsfähiger und finanziell abgesicherter Förderverein für Zollern II/IV kurzfristig nicht zur Verfügung stand, gewann Conrad die Vereinigung der Freunde von Kunst und Kultur im Bergbau e. V. (VFKK),

den Förderverein des Deutschen Bergbau-Museums, vorläufig als Trägerin dieser langfristig angelegten Gründungsinitiative eines Industriemuseums.

Von 1979 bis 1990 betrieb das DBM im historischen Verwaltungsgebäude das „Zollern-Institut“, eine Grundlagenforschungsstätte zur Erhaltung und Konservierung von Kulturgütern, die der freien (verschmutzten!) Luft ausgesetzt sind. Der LWL übernahm 1982 das Zollern-Gelände in sein Westfälisches Industriemuseum. In der Gründungsvorlage für dieses neue Landesmuseum für Industriekultur war die Dortmunder Zechenanlage 1979 als „Kulturdenkmal von internationaler Bedeutung“ gewürdigt worden. Die kulturelle Umnutzung von historischer Industriearchitektur war ein brandneues Aufgabengebiet, für dessen erfolgreiche Bewältigung kaum Erfahrungswerte vorlagen.

Restaurierung

Die Maschinenhalle wird seit Jahren aufwändig restauriert. Bereits im Kulturhauptstadtjahr 2010 sollte sie im neuen-alten Glanz erstrahlen. Aber es hat „Verzögerungen gegeben, so-

dass sich die Sanierungsarbeiten wohl noch das ganze Jahr 2014 über hinziehen werden“, bedauert Christiane Spänhoff vom LWL-Industriemuseum. „Ein Eröffnungstermin steht entsprechend leider noch nicht fest. Bis dahin ist die Halle aber inzwischen wieder jeden Sonntag um 16 Uhr bei einer öffentlichen Führung zu besichtigen.“

Dr.-Ing. Eckart Pasche, Willich

Näheres:

www.lwl-industriemuseum.de

Das informationsreiche, spannend aufbereitete Buch zur Maschinenhalle:

LWL-Industriemuseum, Westfälisches Landesmuseum für Industriekultur, Thomas Parent (Hg.): Von der Schönheit der Eisenkonstruktion – Studien zur „Musterzeche“ Zollern II/IV, Essen. Klartext Verlag 2013. (280 S., broschiert, 165 mm x 228 mm, zahlreiche historische Farb- und SW-Abb., ISBN 978-3-8375-0962-5), 17,95 €.

Abb. 4. Blick auf die Maschinenausstattung der Zollern-Halle, © LWL-Industriemuseum/Martin Holtappels



Rosina Schnorr – Bedeutendste Unternehmerin Sachsens im 17. Jahrhundert

Im Alter von 19 Jahren heiratete 1636 Rosina Hübner den Blaufarbenwerksbesitzer Veit Hans Schnorr aus Schneeberg (Über die Familien Schnorr und Veit Hans Schnorr von Carolsfeld, besonders zu ihrer unternehmerischen Tätigkeit, siehe: Görner, Eberhard (Hrsg.): *Weißes Gold im Erzgebirge?*, Niederfrohna 2010). Er hatte im Vorjahr mit Hilfe des Blaufarbenfachmanns Paul Northoff und finanzieller Unterstützung seines Vaters das erste sächsische Blaufarbenwerk in Niederpfannenstiel bei Aue im Erzgebirge gegründet. Die Schneeberger Kopalte (Lahl, Bernd: *Der Schneeberger Bergbau von 1470 bis 1956*, in: *Lapis*, 30, 2005, Nr. 7/8, S. 13-21), die hochwertigsten Europas, bildeten die Grundlage der Blaufarbenherstellung (Lahl, Bernd: *Der Markus-Semmler-Stolln und der Schneeberg-Schlemaer Bergbau, Marienberg 2003*, hier S. 50-53). Bis 1630 hatten es die Holländer, Hamburger und Kölner verstanden, die gerösteten und gepochten Kopalte ertragreich für die Herstellung blauer Farben zu nutzen. Doch 1630/31 waren die „Blaw undt Farbmühlen umb Cölln undt Hamburg, durch das Kriegs Volk ganz zerstöret worden, daß Sie auch nicht wieder bauen wollen, biß wieder Enderung wirdt“ (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Bestand 10036 (Finanzarchiv), Loc 36092, No. 1167, Sg 34/XIII). Sie konnten zur Porzellan- und Fayencemalerei, zur Herstellung blauen Glases (z. B. Venedig) oder zum Bleichen von Leinen und Papier verwendet werden. Nun nahmen die Erzgebirger die Produktion in größerem Stil selbst in die Hand. Sowohl Veit Hans als auch Rosina werden sicher eine gute Schulbildung genossen haben, entstammten sie doch Familien, die zum vermögenden Schneeberger Bürgertum gehörten. Ihr Ehemann, Veit Hans Schnorr d. Ä., war ein Unternehmertyp, der offensichtlich seine Frau am geschäftlichen Werdegang teilhaben ließ. Nicht nur aus Sicherheit gegenüber der aufkommenden Konkurrenz weiterete sich im Erzgebirge etablierenden Blaufarbenwerke in Oberschlema, Albernau und Annaberg, sondern auch, weil sie schon frühzeitig kaufmännisches Geschick gezeigt haben wird. Mitten im Dreißigjährigen Krieg hatte Veit Hans Mut bewiesen und 1634 das zerstörte Hammerwerk Niederpfannenstiel sowie 1644, zusammen mit dem Hammermeister Schöppel, den ebenfalls zerstörten Auerhammer samt den Privilegien gekauft. Letzteres baute er mit seinem Partner wieder auf und betrieb hier u. a. die Herstellung verzinnter Bleche, einem be-

gehrten sächsischen Exportartikel. Nachdem Veit Hans Schnorr d. Ä. nach der Leipziger Michaelismesse 1648 auf dem Heimweg gekidnappt, nach Polen verschleppt und von da nach Russland verkauft worden war, übernahm seine Frau Rosina scheinbar nahtlos das bereits gefestigte Unternehmen. Schon vorher dürfte sie sich – zumindest teilweise – an der Blaufarbenherstellung beteiligt haben. Auch die Tatsache, dass seit längerer Zeit beständige Liefer- und Abnehmerbeziehungen bestanden, kam ihr ab 1648 sehr entgegen. Vielseitig waren die Schnorr'schen Unternehmungen: Blaufarbenwerk mit Arsenhütte, Hammerwerk, zahlreiche Kobalt-, Eisenstein- und Zinngruben sowie Pochwerke. Ohne vertraut zu sein mit den ökonomischen Notwendigkeiten, die die Blaufarbenherstellung und deren

Handel erforderten, und ohne jegliche Kenntnis der Gepflogenheiten im Bergbau hätte Rosina Schnorr sich wohl auch nicht endgültig zur Übernahme der Leitung der Geschäfte entschlossen. Für das Blaufarbenwerk, den Auerhammer und die Erzgruben standen ihr jeweils Fachleute zur Verfügung, die eigenständig die anfallenden Aufgaben vor Ort verrichteten. Stärker als ihr Mann, widmete sie sich der Sicherung der Rohstoffbasis durch den Kauf von Erzgruben oder Grubenanteilen und der Verlegertätigkeit im Zinn- und Eisensteinbergbau. Als ihr Mann auch nach mehreren Jahren nicht zurückkehrte, verzichtete sie – im Gegensatz zu vielen Frauen ihrer Zeit – auf eine erneute Heirat. Dafür versuchte sie schon sehr frühzeitig, ihren zweitgeborenen Sohn Veit Hans d. J. auf die Übernah-

Rosina Schnorr



me der Geschäftstätigkeit vorzubereiten, da der Erstgeborene absolut kein Interesse dafür zeigte und lieber Pfarrer geworden war. Der Versuch gelang. Noch nicht einmal 14 Jahre alt, durfte er am 21. Dezember 1657 eine Fundgrube „über den Filzbach hienüber uff der Naßen rott in Einer alten Binge in Walt gelegen“ auf Eisenstein muten (Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg, Bestand 40015, Nr. 1299, S. 162). Sie wurde von ihm und nach ihm Veit Hanns Fundgrube genannt. Die Fundgrube verlieh man ihm 1658 an einem Feiertag, dem Heiligen Drei Königstag. Man könnte fast an ein Weihnachtsgeschenk denken. Wo gab es noch so ein Bergamt, das man 13-jährige Knaben zu bergamtlichen Rechtshandlungen zuließ? Doch dies blieb kein Einzelfall! 1665 begann dann seine relativ eigenständige Arbeit als Unternehmer: Von Mutter Rosina kaufte der nun 21-Jährige Veit Hans den Auerhammer und anschließend die Zinngruben Tiefer Schacht und Grübel im Zwitterstockwerk Geyer. Das aus diesen gewonnene Zinn benötigte er zum Verzinnen seiner dort hergestellten Bleche. Noch zwölf Jahre musste er warten, bis ihm seine stark gealterte Mutter aufgrund „verspürter Schwachheit“ 1677 das Filetstück der Schnorr'schen Unternehmungen, das Blaufarbenwerk Niederpfannenstiel, „gegen ein gewisses pretium“ überließ (Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg, Bestand 40015, Nr. 1365, S. 421). Ein kluges Vorgehen seiner Mutter, an deren Seite er Erfahrungen sammeln und sich auf größere Aufgaben vorbereiten konnte. Schließlich war so ein Blaufarbenwerk mit den dazu gehörigen Kobaltgruben ein komplexer Betrieb, dem bezüglich von Kapitaleinsatz und Wertschöpfung kein anderes Unternehmen in Sachsen gleichzusetzen war. 1699 wurde das Blaufarbenwerk samt Kobaltgruben mit 150.000 Reichstalern bewertet (Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg, Bestand 40015, Nr. 1394, S. 138/39). Als Rosina 1679 starb, bereitete sich der Sohn gerade auf neue Aufgaben vor, die Fertigstellung eines Eisenhammers in der von ihm in Aufbau befindlichen Ortschaft Carlsfeld. Das war sicher ganz im Sinne ihres Unternehmergeistes. Überhaupt brachte Rosina schon eine gute Vorbildung mit, die gepaart mit Fleiß, Entschluss- und Durchsetzungskraft sowie taktischem Geschick, aber auch angeborener Schlitzohrigkeit, ihr nach einiger Zeit zu Ansehen und Respekt verhalfen. Doch gelegentlich überspannte sie den Bogen bedenklich. So kaufte sie Anfang 1653 „so viel sie haben kann“ Pottasche auf – viel mehr als sie auf ihrem Blaufarbenwerk nötig hatte (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Bestand 10036 (Finanzarchiv), Bergkopiale 1653, No. 3). Sie steigerte diese dadurch im Preis, zum

Nachteil der Konkurrenz, ließ sie nach Leipzig schaffen und verkaufte sie da in andere Länder. Einem größeren Teil der Pottascheproduzenten, die die Pottasche zu den anderen Blaufarbenwerken bisher lieferten, hatte sie die Pottasche abgekauft und dadurch deren Blaufarbenproduktion gehemmt. Der Kurfürst, dessen Blaufarbenwerk davon auch negativ betroffen war, musste eingreifen und den Verkauf ins Ausland verbieten. Ihr überzeugenes Konkurrenzdenken beschäftigte noch öfters die obersten Bergbaubehörden in Freiberg und Dresden. Vielleicht war es auch ein übermäßiger Ehrgeiz, der sie ständig antrieb. Oder wollte sie der Männerwelt zeigen, was Frauen leisten können? Ihre Leistung ist unbestritten. Sie war eine der erfolgreichsten Unternehmerinnen des Erzgebirges überhaupt und im 17. Jahrhundert die bedeutendste Unternehmerin Sachsens. Absatzprobleme traten bei ihr in auffälliger Weise weniger als bei ihren Konkurrenten auf. Wer weiß, wie sie das gemacht hat! Der Faktor des Kurfürstlichen Blaufarbenwerks Oberschlema, Conrad von Iphoff, scheint nach der Ostermesse 1660 in Leipzig davon etwas zu wissen oder zu vermuten (Preisdumping oder Bestechung?). Anlässlich einer Bergamtssitzung notierte der Bergschreiber seine Worte: „Die Schnorrin wehre die rechte Schwester, Er hette anizt keine Farben in Leipzig verkauffen können. Sie aber undt Schindler hetten verkaufft, es müsten ia Schelmenstück dahinder sein. Die Schnorrin hette mehr geldt alß der Churfürst, man müste sie nur straff strafen, und ist hiermit davon gangen“ (Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg, Bestand 40015, Nr. 1339, S. 142). Die Schnorrin hatte sich zuvor über die dem kurfürstlichen Werk genehmigte Versendung einer Partie Kobalt (40 Zentner) nach Amsterdam in Holland (wohl für Delft!) beschwert. Die erheblichen Schäden durch die Wasserflut 1661, die ja auch ihre Werke Niederpfannenstiel und Auerhammer betrafen, bremsten vorerst ihren weiteren Aufstieg. Beide Standorte besaßen den Vorteil der Verfügbarkeit starker Antriebskräfte, waren aber bei jedem Hochwasser gefährdet und in Flutzeiten größeren Zerstörungen ausgesetzt. Doch auch dies meisterte sie in verhältnismäßig kurzer Zeit und ohne in finanzielle Schwierigkeiten – die sie offensichtlich nicht gekannt hat – zu geraten. Sie war eben eine außerordentlich fleißige, engagierte und weitsichtig denkende Unternehmerin.

Zusammenfassung

Rosina Schnorr aus Schneeberg im Erzgebirge ist die bedeutendste Unternehmerin Sachsens in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts. Nach der

Verschleppung ihres Mannes nach Russland 1648 übernahm sie dessen Unternehmungen, baute sie noch aus und sicherte die Nachfolge ihres Sohnes Veit Hans. Sie besaß ein Hammerwerk mit dazugehörigen Eisenstein- und Zinnbergwerken sowie ein Blaufarbenwerk (heute Nickelhütte Aue) mit Kobaltgruben in Schneeberg, war Gewerkin, aber auch Zinn-, Eisenstein- und Klöppelspitzenverlegerin.

Bernd Lahl, Chemnitz

Zur Erinnerung an Heinz-Werner Meyer – Ehemaliger IGBE und DGB Vorsitzender

In unserer schnellebigen Zeit werden auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus allen Teilen unserer Gesellschaft schnell vergessen. Sie können in Staat und Gesellschaft große Leistungen erbracht und sich verdient gemacht haben, allzu schnell sind sie aus dem Blickfeld entschwunden. Es beginnt bereits durch das Ausscheiden aus dem Berufsleben und aus Tätigkeitsbereichen, in denen sie gewirkt haben. Die Lebensleistung großer Persönlichkeiten wird häufig erst dann erkannt, wenn sie bereits nicht mehr unter uns sind. So ist es auch bei Heinz-Werner Meyer, dem früheren Vorsitzenden der IGBE und des DGB. Er wurde am 24. August 1932 in Hamburg geboren und kam nach dem Schulbesuch im Alter von 16 Jahren ins Ruhrgebiet. Hier begann er eine Ausbildung als Berglehrling auf der Schachanlage Monopol in Kamen. Mit dem Eintritt ins Berufsleben wurde er Mitglied der IG Bergbau und engagierte sich früh in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Als Jugendleiter und Gewerkschaftsvertreter interessierte er sich besonders für die Bildungsarbeit. Aufgrund seines Engagements konnte er sich schnell in den Bereichen Jugendarbeitsschutz und beruflicher Bildung aus. Die Änderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergleute wurden ihm schnell zu einem großen Anliegen. Nach der Knappenprüfung arbeitete er zunächst als Lehrhauer und schloss diese Ausbildung mit der Hauerprüfung ab. Neben der Untertagearbeit erwarb er auf dem zweiten Bildungsweg die allgemeine Hochschulreife auf dem Abendgymnasium. Zwei Sechswochenlehrgänge in Haltern am See befähigten ihn, ab 1955 an der Hochschule für Wirtschaft und Po-

litik das Fach Volkswirtschaft zu studieren; er bestand das Examen als Volkswirt. Nach dem Studium wurde er 1957 hauptamtlicher Jugendsekretär in der Abteilung Jugend beim Hauptvorstand in Bochum. Zuständig war er für den Jugendarbeitsschutz und die berufliche Bildung. Der damalige zweite Vorsitzende beauftragte ihn auch mit anderen Aufgaben. 1964 übernahm Heinz-Werner Meyer, als Abteilungsleiter der Abteilung Organisation. In der Zeit des Vorsitzenden Walter Arendt wurde besonders großer Wert auf die Erhöhung des Organisationsgrades der Bergbaubeschäftigten in der IGBE und auf eine bessere Mitgliederbetreuung gelegt. An den hohen Mitgliederzahlen hatte Heinz-Werner Meyer einen großen Anteil. Nach dem unrentable Steinkohlenzechen schließlich stillgelegt werden mussten, war es Ziel der Gewerkschaft, betriebsbedingte Entlassungen zu vermeiden. 1969 wurde Heinz-Werner Meyer in den geschäftsführenden Vorstand der IGBE gewählt. Zuständig war er hier für den Geschäftsbereich Organisation und Finanzen.

Der Abbau von Kohle in immer tiefer gelegenen Flözen und mit modernster Technik verursachte höhere Kosten und verteuerte die deutsche Steinkohle. Um eine größere Rentabilität der modernen Bergwerke zu erreichen, legte man einzelne Zechen zu Verbundanlagen zusammen. Trotz der aufkommenden Ökologiebewegung vertrat Heinz-Werner Meyer die Meinung, dass Steinkohle und Kernenergie den wachsenden Energiebedarf in Westdeutschland sichern konnten. Obwohl man von der Gefährlichkeit der Kernenergie überzeugt war, konnte die IGBE sie nicht ganz ablehnen, denn man war andererseits auf staatliche Subventionen für die Steinkohle angewiesen. Die heimische Steinkohle spielte in der Diskussion um Energiesicherheit in Westdeutschland eine bedeutende Rolle. Meyer gehörte von 1975 bis 1984 als SPD-Abgeordneter dem Nordrhein-Westfälischen Landtag an. Dort kämpfte er für den Bergbau im Aachener Raum und im Ruhrgebiet. Als er 1984 zum zweiten Vorsitzenden seiner Gewerkschaft gewählt wurde, widmete er sich vorrangig der

Gewerkschaftsarbeit. Die Förderung von Studenten lag ihm besonders am Herzen. Die finanzielle Förderung der Hans-Böckler-Stiftung für Kinder aus Arbeitnehmerhaushalten hatte großen Erfolg. Als Mitglied der Fördergesellschaft der Ruhruniversität besaß er guten Kontakt zur Wissenschaft.

1985 wurde Meyer schließlich zum Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie gewählt. Sein gutes Wahlergebnis zeugte von der großen Akzeptanz der Delegierten. Sein Festhalten an den energiepolitischen Leitlinien der IGBE und sein Eintreten für eine moderne Sozialpartnerschaft brachten ihm Respekt und große Anerkennung ein. Der harmonische Dreiklang von Arbeitnehmern, Unternehmern und Politikern war für ihn ein Bündnis, das zu einer stabilen demokratischen Gesellschaft beitrug. Heinz-Werner Meyer war in einer schwierigen Zeit Vorsitzender der IGBE. Die energiepolitischen Entscheidungen ließen die Kohlenhalden wachsen, Belegschaftsabbau und die Ängste um die soziale Sicherung begleiteten den Strukturwandel, insbesondere im Ruhrge-

Blick auf Heinz-Werner Meyer am Rednerpult auf dem 18. Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) am 11. September 1987 in Essen





Heinz-Werner Meyer im Gespräch auf dem 18. Gewerkschaftstag der IGBE am 11. September 1987 in Essen

biet. Auch andere europäische Länder hatten vergleichbare Probleme in ihren Montanregionen. Für Heinz-Werner Meyer konnte es nur einen Strukturwandel bei gleichzeitiger materieller Absicherung der Bergleute geben. Er war kein Vertreter der lauten Töne. Seine Stärke waren Verhandlungen und überzeugende Argumente mit dem Ziel, Verträge und Vereinbarungen durchzusetzen, statt Demonstrationen und Arbeitskämpfe, die die Gewerkschaft in der Vergangenheit oft genug hatte führen müssen. Miteinander statt gegeneinander waren die Kennzeichen seiner Politik. Sie wurden auch unter den Mitgliedern größtenteils akzeptiert. Als er sich im November 1988 erneut zur Wahl stellte, wurde er mit 98,3 Prozent von den Delegierten als Vorsitzender der IGBE im seinem Amt bestätigt. Das Wahlergebnis brachte die Zufriedenheit mit seiner Politik bei den Delegierten und damit auch in der Mitgliedschaft zum Ausdruck. Ständig bemühte er sich, für die Mitglieder gesprächsbereit und diskussionsfreudig zur Verfügung zu stehen. Als Vorsitzender der IGBE war er nicht nur in der eigenen Mitgliedschaft, sondern auch in den DGB-Gewerkschaften als erfolgreicher Verhandlungsführer bekannt. In der Diskussion um die Nachfolge von Ernst Breit als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde sein Name häufig genannt. Auf dem DGB Kongress 1990 wurde er zu dessen Nachfolger als Vorsitzender des Deutschen

Gewerkschaftsbundes gewählt. Der ruhige und besonnene Kandidat galt bei vielen Delegierten der DGB-Gewerkschaften als zu wenig kämpferisch und wurde daher eher zum rechten Flügel im DGB gezählt. Sein politisches Geschick bei Verhandlungen, seine Arbeit in der Partei und den Gewerkschaften, sowie seine große Fähigkeit zu pragmatischen Problemlösungen machten ihn schließlich zum einzigen Anwärter auf das schwierige Amt des DGB-Vorsitzenden, das er in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit antrat. Die gesellschaftlichen Probleme wurden ständig größer: Eine wirtschaftliche Rezession und die Folgen der deutschen Einheit mussten bewältigt werden. Zunächst hoffte man darauf, die meisten FDGB-Gewerkschaftsmitglieder würden auch als Mitglieder in die DGB-Gewerkschaften Westdeutschlands eintreten. Die Solidarisierung der Ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen mit den in Westdeutschen tätigen Gewerkschaftler/innen blieb in vielen Bezirken jedoch aus. Viele Arbeitnehmer hatten mit den FDGB-Gewerkschaften ihre schlechten Erfahrungen gemacht, die ja nur der verlängerte Arm der SED waren. Arbeitslosigkeit gab es in Ostdeutschland nicht. Die deutsche Einheit hatte schwerwiegende Folgen für die DGB-Gewerkschaften zur Folge. Mitgliederrückgang und gesunkene Beitragseinnahmen erschwerten die Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Heinz-Werner Meyer setzte im DGB-Bundesvorstand eine Ausgaben Sperre durch und vereinbarte mit den angeschlossenen Einzelgewerkschaften des DGB einen Umsetzungsplan, der sich nur auf die „Kernaufgaben“ des DGB bezog. Die Konjunktur- und Struktur Schwierigkeiten der Wirtschaft hatten auch Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben und in der Gesamtwirtschaft. Seine Erfahrungen, die er mit seiner IGBE gemacht hat, kamen ihm bei der Reform des DGB zugute. In den DGB-Gewerkschaften löste die Reform Respekt und Anerkennung aus. Durch seine Erfahrungen mit dem Krisenmanagement an der Ruhr konnte er den Deutschen Gewerkschaftsbund durch die schwerste Phase seit seinem Bestehen steuern. Der überzeugte Gewerkschaftler arbeitete bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit. An sich dachte er nicht. Für ihn bedeutete das Amt des DGB-Vorsitzenden eine Aufgabe, die er als Repräsentant der Arbeitnehmerschaft zu erfüllen hatte. Fünf Wochen vor dem DGB-Kongress in Berlin 1994 verstarb Heinz-Werner Meyer. Die Nachricht seines frühen Todes löste eine große Betroffenheit aus. Für die Gewerkschaftsbewegung war es ein großer Verlust.

Horst Weckelmann, Unna

Tagungen Veranstaltungen

Die Botschaft des Porträts – Potenziale des Gemeinschaftsprojekts DigiPortA

Workshop

8. April 2014, 10.00 – 16.00 Uhr
Deutsches Bergbau-Museum Bochum, Hörsaal,
Am Bergbaumuseum 28, 44791 Bochum

Seit den 1980er Jahren ist mit der „Neuen Kulturgeschichte“ ein Aufschwung biografischer Ansätze zu beobachten. Diese verknüpfen sich in den letzten Jahren mit dem „Pictorial (Iconic) Turn“ und den vielfältigen Untersuchungen um unser Bildwissen. Beide Forschungsrichtungen verbinden sich im Porträt.

Der von den Partnern des Projekts „DigiPortA“ („Digitalisierung und Erschließung von Porträtbeständen in Archiven der Leibniz-Gemeinschaft“) organisierte Workshop will die forschende Öffentlichkeit über die Potenziale des Vorhabens informieren, in dem bis 2015 rund 33.000 Porträts intensiv erschlossen und mit den Images online gestellt werden. Die Vorlagen stammen aus der Fotografie, Druckgraphik, Malerei und Zeichnung. In der Veranstaltung werden Desiderate der Kunst-, Kultur-, Technik- und Sozialgeschichte erörtert. Gleichzeitig thematisiert der Workshop Nutzen und Probleme kooperativer Erschließung, Digitalisierung und Präsentation von Bildquellen.

Die Projektpartner sehen sich als Impulsgeber für neue Forschungen zur Gattung des Porträts in Technik, Wissenschaft, Bergbau, Schifffahrt, Kunst und Pädagogik über kunsthistorische